

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

DER PROFITGIER SCHRANKEN SETZEN

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

was wir seit Wochen in unserem Land erleben, ist eine bittere und vor allem teure Lektion in Marktmissbrauch. Erleben kann ihn jede und jeder von uns. Wir müssen nur an eine Tankstelle fahren und uns die Spritpreise anschauen. Unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stiegen die Rohölpreise extrem an, sogar für die Sorten, die nicht wirklich von irgendwelchen Embargos betroffen sein könnten. Rohöl aus Russland hatte beim Heizöl einen gewissen Anteil, bei der Gewinnung von Kraftstoffen für Autos aber nicht wirklich. Soll heißen: **An unseren Zapfsäulen ist russisches Öl ziemlich egal.**

Tatsächlich begriffen das die Großhändler schnell, keine zwei Wochen nach dem Beginn des Kriegs waren die Rohölpreise wieder ganz normal. Nur die Spritpreise nicht. Die erreichten immer neue und schwindelerregende Höhen, einfach so. Früher haben die Konzerne auf hohe Rohölpreise verwiesen, auf einen ungünstigen Dollarkurs. Heute haben sie das gar nicht mehr nötig. Sprit wird einfach so teurer, und wenn man nur „Krieg“ sagt, muss das genügen. Alles andere wird ja auch teurer, das werden die Menschen schon verstehen. Oder einfach verstehen müssen.

Müssen wir das? Was wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, war auch eine Lektion in politischen Grundhaltungen in unserem Land. Da sind die Marktgläubigen (zu denen leider

auch unsere Koalitionspartnerin FDP gehört), und für sie sind selbst überhöhte Preise einfach hinzunehmen, ein Naturereignis. Wenn der Staat eingreift, dann nur mit Tankrabatten.

Und wenn die Mineralölkonzerne diese Tankrabatte zu weiten Teilen in die eigene Tasche stecken? Tja, dann zuckt man bei FDP und CDU mit den Schultern. Der Markt macht, was er will...

Unsere politische Grundhaltung ist eine andere. **Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine soziale Marktwirtschaft, die die Dynamik des Marktes nutzt, Exzessen aber klare Grenzen setzt.**

So einen Exzess erleben wir jetzt, und wir müssen ihm Grenzen setzen. Das ist nicht neu: Wenn sich Großbrauerei-

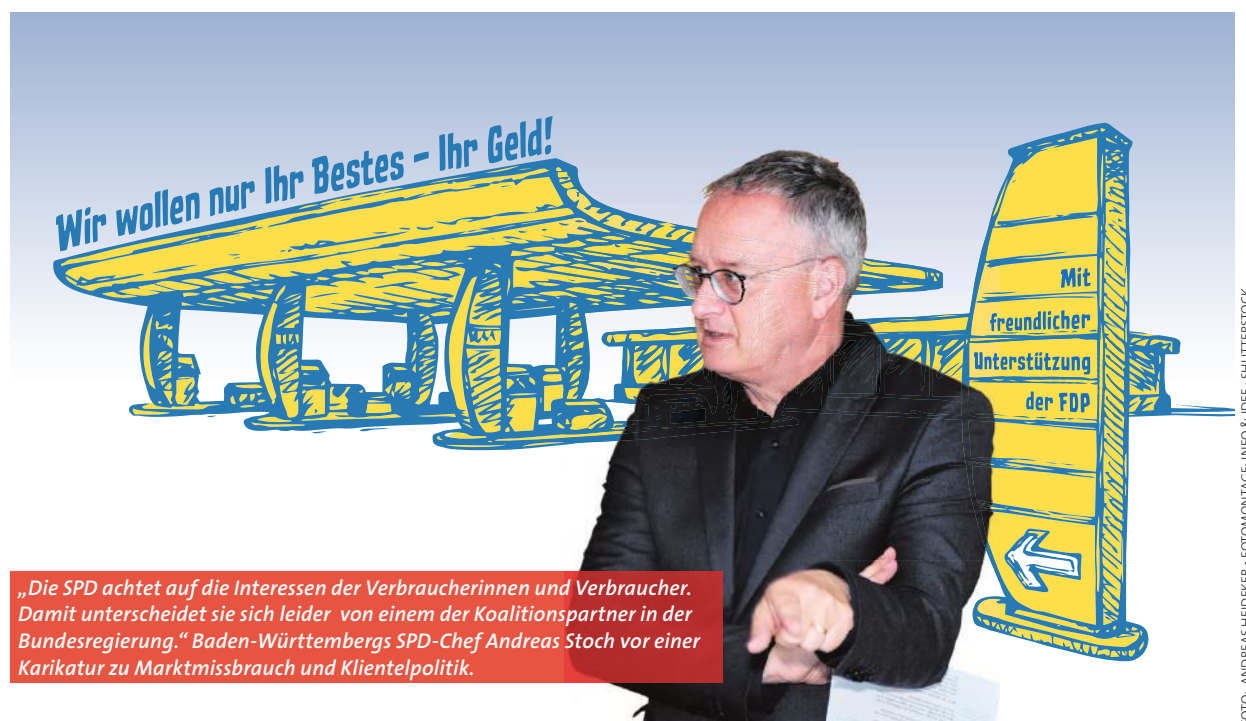
en in Norddeutschland über zu hohe Bierpreise absprachen, haben wir noch nie staatliche Pilsrabatte eingeführt. Unsere Kartellbehörden haben die Preistreiber unterbunden und die Schuldigen bestraft. Dieses Mittel müssen wir nun nutzen und wir müssen dafür auch die Instrumente nachschärfen, die unseren Kartellbehörden zur Verfügung stehen!

Und ja, auch über eine Übergewinnsteuer sollten wir diskutieren. Offen und ohne Denkverbote, die uns die Marktgläubigen aufzwingen wollen. Andere europäische Staaten haben diese Sondersteuern auf Kriegsgewinne bereits eingeführt, und es sind freie, marktwirtschaftliche, demokratische Staaten. Warum soll es dort gehen und hier bei uns auf keinen Fall?

Lasst uns darüber reden, wie wir handeln. Lasst uns aber nicht mehr darüber reden, ob wir handeln. **Wer den Markt missbraucht und Preistreiber anzettelt, dem werden wir Einhalt gebieten.**

Euer

Andreas Stoch



„Die SPD achtet auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Damit unterscheidet sie sich leider von einem der Koalitionspartner in der Bundesregierung.“ Baden-Württembergs SPD-Chef Andreas Stoch vor einer Karikatur zu Marktmissbrauch und Klientelpolitik.

MEHR ROTE RATHÄUSER!

Mehr Rote Rathäuser im Südwesten – nicht nur mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 wollen wir diesem Ziel immer wieder neuen Schwung geben.

Sozialdemokratische Bürgermeister:innen und Oberbürgermeister:innen haben die große Chance, Politik vor Ort nachvollziehbar zu machen. Nicht umsonst gilt das Amt als „der schönste Job der Welt“. Wer an der Spitze eines Rathauses steht, kann sich vielseitig einbringen und hauptberuflich etwas bewegen.

Dem Ziel „Mehr Rote Rathäuser“ sind wir gerade in den letzten Monaten mit vielen erfolgreichen Wahlen nähergekommen. Doch wir wollen auf kommunaler Ebene noch mehr Erfolge erzielen. In enger Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik und Vertreter:innen der kommunalen Ebene haben wir eine

langfristige Strategie für (Ober-)Bürgermeister-Wahlen erarbeitet. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Gewinnung weiblicher Bewerber:innen.

Unsere Strategie besteht aus vier zentralen Komponenten:

- Wir schaffen auf allen Ebenen Aufmerksamkeit für das Thema – mit einer Jahresplanung im Regierungsbezirk und Kreisverband.

- Wir bauen ein Netzwerk mit möglichen Kandidat:innen auf.

- Wir sprechen frühzeitig Bewerber:innen an und motivieren sie.

- Wir helfen bei der Entscheidungsfindung und im Wahlkampf – durch Finanzierung und Mentoring.

Spielst auch du mit dem Gedanken, für das Amt zu kandidierenden? Dann wende dich gerne direkt an sascha.binder@spd.de



Sascha Binder ist Obmann der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss des Landtags zur Affäre um Innenminister Strobl.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZU STROBL-AFFÄRE

Die Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen den ranghöchsten Polizeivollzugsbeamten des Landes haben die Öffentlichkeit und insbesondere die Polizei erschüttert. Auch BW-Innenminister Thomas Strobl (CDU) rückte in den Fokus der Ermittlungen. Als Landtagsfraktion haben wir gemeinsam mit der FDP einen Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht.

WORUM ES GEHT: Der Innenminister hat in einem laufenden Verfahren gegen den Polizeiinspekteur ein Anwaltsschreiben an einen Journalisten weitergegeben. Deswegen laufen mehrere Ermittlungen gegen ihn. Äußerungen der Polizeigewerkschaften zeigen, dass das Vertrauen der Polizei in den Innenminister schwer erschüttert sein könnte.

Außerdem gibt es große Zweifel an der gesamten Personalpolitik im Innenministerium. Möglicherweise sind Beförderungen in der Polizei nicht rechtmäßig erfolgt.

WAS JETZT PASSIERT:

Der Untersuchungsausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorgänge zu untersuchen und die Transparenz herzustellen, die die Landesregierung in dieser Angelegenheit verwehrt.

Einerseits geht es um die Vorwürfe des sexuellen Machtmissbrauchs des Inspektors der Polizei und die Frage, wie er in diese Position kam. Doch nicht nur dieser konkrete Fall muss aufgeklärt werden. Auch der Umgang mit Fällen von sexueller Belästigung in den Landesbehörden insgesamt wird auf den Prüfstand gestellt. Nicht zuletzt geht es um die Rolle von Strobl bei der Aufarbeitung des Falls.

ZWEI STARKE FRAUEN AN DER SPITZE



Sonja Elser

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen wird erstmals von einer Doppelspitze angeführt: Von der bisherigen Vorsitzenden Sonja Elser und von Christiane Albrecht. „Vier Schultern können mehr tragen als zwei“ lautet das Motto der beiden Frauen.

Besonders stieß den SPD-Frauen auf ihrer Delegiertenkonferenz die **Enthaltung der Landesregierung bei der Abstimmung im Bundesrat über die Streichung des § 219a** im Strafbuch auf, für die sich die Ampelregierung in Berlin stark macht. Die Streichung ermöglicht, dass Ärzt:innen über Schwangerschaftsabbrüche informieren können, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen. Die Kriminalisierung der Ärzt:innen führt zu einer Verschlechterung der medizinischen



Christiane Albrecht

Versorgungssituation. In BW sind besonders im ländlichen Raum kaum noch Ärzt:innen anzutreffen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen können. Mit dem Abstimmungsverhalten ist für die ASF-Vorsitzende Christiane Albrecht klar: „**Die Grünen stellen in der Landesregierung damit einmal mehr ihre Überzeugungen für den Koalitionsfrieden mit der CDU zurück.**“

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlich: Maja Schubert

Redaktion: Maja Schubert, Stephan Wehner, Sophia Zimmermann

Kontakt:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart

Fon: 0711.61936-0

Mail: kommunikation-bw@spd.de

Internet: www.spd-bw.de

9-Euro-Ticket – und dann?

Für neun Euro durchs ganze Land – der Beschluss der Ampel-Regierung lockt von Juni bis August zahlreiche Menschen in Bus und Bahn. Doch was kommt danach? Wenn es nach uns geht, sollte der ÖPNV dauerhaft günstiger werden. „Das Prinzip des 9-Euro-Tickets, die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, funktioniert. Also halte ich die Idee für gut, auch dauerhaft ein günstigeres Preismodell anzubieten, zum Beispiel durch ein 365-Euro-Ticket“, so unser Landesvorsitzender Andreas Stoch.

Wo bleibt das soziale Gewissen der Landesregierung?

Medienberichten zufolge hat das baden-württembergische Wirtschaftsministerium die Jobcenter im Land angewiesen, Rückzahlungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II wegen des 9-Euro-Tickets einzufordern. Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Dorothea Kliche-Behnke kritisiert dies auf das Schärfste: „Diejenigen, die am meisten durch das 9-Euro-Ticket profitieren sollten, werden in Baden-Württemberg jetzt zur Kasse gebeten. Das ist ein gewissenloses Vorgehen der CDU-Wirtschaftsministerin.“ Sie forderte die Landesregierung dazu auf, diese Anweisung zu korrigieren.

TERMINE JULI '22

FR 1. JUL · 15:30 > Präsidium (Onlinekonferenz) FR-SA 1. - 2. JUL > Organisationspolitische Kommission, (Stuttgart) SA 2. JUL · 15:30 > ASJ-Landesvorstand (Stuttgart) DI-DO 5. - 7. JUL > Klausur der Landtagsfraktion (Berlin) MO 11. JUL · 18:15 > AGS-Landesvorstand (Onlinekonferenz) MO 11. JUL · 19:30 > AfA-Landesvorstand (Onlinekonferenz) FR-SO 15. - 17. JUL > Juso-Europacamp (Kehl und Straßburg) SA 16. JUL · 10:30 > Landesvorstand (Onlinekonferenz) FR 22. JUL · 17:00 > ASG-Landesvorstand (Stuttgart) SA 23. JUL > Selbst Aktiv-Landesvorstand (N.N.) MI 27. JUL · 18:30 > Juso-Landesvorstand (Onlinekonferenz)

SEPTEMBER '22

FR 9. SEP · 15:30 > Präsidium (Onlinekonferenz) DI 13. SEP · 10:30 > 60 plus-Landesvorstand (N.N.) DI-DO 13. - 15. SEP · 17:00 > AGS-Digitale Kaffeepause (Onlinekonferenz) FR-SA 23. - 24. SEP > Klausur Landesvorstand (Stuttgart) FR 30. SEP · 15:30 > Präsidium (Onlinekonferenz)

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM SAMSTAG, 19. NOVEMBER 2022

Ort: MESSE FRIEDRICHSHAFEN

Vorläufige Tagesordnung:

10.30 Uhr: **Eröffnung und Begrüßung** (Dr. Dorothea Kliche-Behnke, MdL, Stellv. Landesvorsitzende)

Konstituierung

Grußworte

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden (Andreas Stoch, MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender)

Bericht des Schatzmeisters (Karl-Ulrich Tempel)

Bericht der Kontrollkommission (Doris Schmettkordt)

Diskussion und Aussprache

Antragsberatung

Wahlen

- Landesvorsitzende:r
- stellvertretende Landesvorsitzende
- Generalsekretär:in
- Schatzmeister:in
- weitere Mitglieder des Landesvorstandes
- Mitglieder der

Schiedskommission

- Mitglieder der Kontrollkommission

Ehrungen

Ca. 17.30 Uhr: **Schlusswort** (N.N., Generalsekretär:in)

Antragsschluss: Samstag, 8. Oktober 2022

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

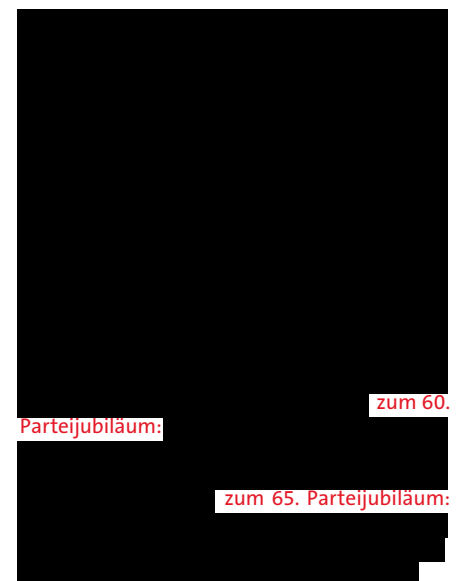
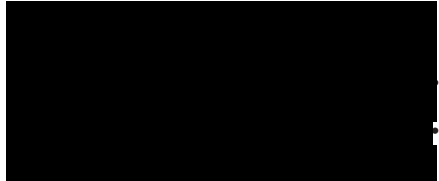
IM JULI zum 50. Parteijubiläum



zum 60. Parteijubiläum:

zum 50. Parteijubiläum:

IM AUGUST zum 50. Parteijubiläum:



ANZEIGE



WIR MACHEN



SOZIALE POLITIK



FÜR

DICH



UND MIT DIR

SPD

Soziale Politik für Dich.



JETZT PRODUKTE ZUR NEUMITGLIEDERWERBUNG BESTELLEN!

SHOP.SPD.DE

Seit mehr als einem Jahr ist die Fortsetzung der grün-schwarzen Landesregierung im Amt. Mehr als ein Jahr ist vergangen seit jenem Koalitionsvertrag, der so erstaunlich klang. Was die CDU alles unterschrieben hatte! Wie klar sich die Grünen durchsetzten! Wie wenig Streit es gegeben hatte!

Zweifel an diesem Papier gab es von Beginn an, gerade auch aus den Reihen der SPD. Hatte die CDU in der ersten Legislatur begriffen, dass bei den Grünen steile Überschriften nicht zu einer steilen Umsetzung führen mussten? Hatten Strobl und Co. die Bauernschläue, den Grünen bei Allem zuzustimmen in der Gewissheit, dass eh nichts daraus wird? Ich kann mich erinnern, dass viele das damals als Unkenrufe der Opposition abtaten.

Ein Jahr später muss man konstatieren: Wir hatten – leider – Recht. Es scheint so, als beruhe die unerwartet harmonische Koalition auf einer merkwürdigen Basis: **Eine Zusammenarbeit mit ganz viel Zusammen und ganz wenig Arbeit**, eine Art zauberhafte Kretschmann-Formel: Bei Grün-Schwarz dürfen die Grünen immer alle Wünsche formulieren, und die Schwarzen dürfen immer gewiss sein, dass wenig bis gar nichts davon Wirklichkeit wird. Das ist tatsächlich eine Zauberformel, die beide so unterschiedlichen Parteien in ihren so unterschiedlichen Charakteren bedient: Die Grünen, die immer noch lieber fordern als machen, lieber wünschen als verwirklichen. Und die CDU, die in lange antrainiertem Pragmatismus mit fast jeder Überschrift leben kann. Was hinten rauskommt ist das, was wirklich zählt, und so lange hinten nichts rauskommt bleibt ja alles, wie es ist.

Klingt wie Unkenrufe der Opposition? So hieß es auch vor einem Jahr, aber ein Jahr später müssen selbst unabhängige Beobachtende zustimmen: Es kommt bisher tatsächlich immer, wirklich immer etwas dazwischen, wenn Grün-Schwarz irgendetwas von dem anpacken will, was man sich vorgenommen hat. Mal spielen die Kommunen nicht mit, mal die Gerichte und mal der Bund, bisweilen ist auch die EU schuld. Corona wurde wieder und wieder als Grund genannt, weshalb ganz wichtige Ziele zurückstecken mussten. Und nun, da die Pandemie keine großen Schlagzeilen mehr macht, bastelt Grün-Schwarz fleißig am nächsten großen Alibi: Es fehlt am Geld. Baden-Württemberg ist ein ganz armes Land.

LANDESFINANZEN: VON MILLIARDEN UND MÄRCHEN- STUNDEN

AUFFÄLLIG PENETRANT WIEDERHOLT DIE GRÜN-SCHWARZE LANDESREGIERUNG DIE ANGENOMMENE SCHRECKLICHE ARMUT BADEN-WÜRTTEMBERGS. FÜR SPD-FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH NICHT NUR EINE KOMPLETTE FALSCHBEHAUPTUNG, SONDERN WOMÖGLICH GAR EINE GEPLANTE AUSREDE: EINMAL MEHR SUCHT DIE STILLSTANDSKOALITION EIN ALIBI, UM SICH VOR DEN EIGENEN ZIELEN ZU DRÜCKEN.



IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Verantwortlich:
Nicole Matthöfer
Redaktion:
Hendrik Rupp
Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Telefon:
0711 2063-711/781
E-Mail: zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de
facebook.com/
spdlandtagbw
twitter.com/
spdlandtagbw
instagram.com/
spdlandtag_bw

Seit seinem Amtsantritt beschwört Finanzminister Danyal Bayaz wieder und wieder und wieder, dass es um die Finanzen des Landes ganz schlecht bestellt sei. Und er tut das immer öfter und lauter und inständiger, je mehr die blanken Zahlen seines eigenen Etats eine komplett andere Geschichte erzählen: Zum wiederholten Male waren die **Steuerschätzungen viel besser als erwartet**, die Wirtschaft des Landes viel stabiler als gedacht, die **Ausfälle weit geringer als befürchtet**. Freut sich Grün-Schwarz? Nein, man hat tatsächlich den Eindruck, die guten Nachrichten seien nicht willkommen. Minister Bayaz zweifelt inzwischen seine eigenen Schätzungen an, das Land sei arm und wenn es heiße, es sei reich, dann müsse das ein Fehler sein. Es ist kein Geld da, basta, und wenn doch welches da wäre, dann darf das nicht sein.

Was soll ich sagen? Unsere Finanzfachleute rechnen den Landshaushalt hoch und runter, und **zu wenig Geld gibt es nur in der Märchenstunde von Kretschmann und Bayaz**: Baden-Württemberg hat im Moment eine Liquidität von rund 20 Milliarden Euro, es gibt Milliarden an Ausgaberesten und Rücklagen und Steuereinnahmen, die auch in diesem Frühjahr deutlich über dem Planansatz lagen. Es ist Geld da.

Vergessen wir das nicht in den kommenden Monaten, und sagen wir es weiter. Denn Grün-Schwarz hofft, dass die Märchenstunde irgendwann zur Wahrheit wird, wenn man sie nur oft genug wiederholt: Kein Geld, kein Geld, kein Geld. Und schon ist eine prima Ausrede da, um auch die nächsten vier Jahre wieder nichts auf die Reihe zu bekommen. Wir wollten ja, aber ach, das Geld!

Dazu, wie wenig die tatsächliche Finanzsituation mit dem Handeln der grün-schwarzen Landesregierung zu tun hat, ein kleines Beispiel: Ministerpräsident Kretschmann hat wiederholt betont, die Bildung habe nun oberste Priorität, hier werde man investieren, und dies trotz der „schlechten“ Kassenlage. Das klingt doch nach mehr Leistung und nicht weniger, oder?

Ja, so klingt es. Nur aus dem sehr erfolgreichen Programm der Berufseinstiegsbegleitung will das Land zeitgleich aussteigen. Wer es nicht kennt: Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten werden gezielt gefördert, um ins Berufsleben zu finden. Das Programm macht bei Tausenden Betroffenen den Unterschied zwischen Erwerbsleben oder Arbeitslosigkeit. Die Hälfte zahlt die Bundesagentur für Arbeit, das Land zahlte nur ein Viertel. Nun will man aber nicht mal mehr das zahlen, was das Programm gefährdet. Bildung, oberste Priorität, investieren: Wie war das, Herr Kretschmann?

Ich habe es schon vor Jahren gesagt: **Der grün-schwarzen Landesregierung fehlt es nicht an Finanzen, sondern an Ideen, am Willen zu handeln.** Geld hat sie, aber keine Lust zu Regieren. Und keine Absicht, das zu ändern.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD